

Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt

vom 12.03.2019

zur

Inklusion an den weiterführenden Schulen im Stadtteil

Protokoll

Anwesend

vom Beirat Mitte	Partei	Ortsamt Mitte/ÖV	Gäste
Steffen Eilers	GRÜNE	Hellena Harttung	Herr Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter)
Harald Klussmeier		Manuela Jagemann	Frau Schüttpelz (Schule Schaumburger Str.)
Irmgard Lindenthal		Armin Willkomm	Frau Sander (Gymnasium Hamburger Str.)
Jens Schabacher		Pia Straßburger	Herrn Naujocks (Gesamtschule Mitte)
Angelika Schlansky			Frau Herrmann (Senatorin für Kinder & Bildung)
Rainer Ballnus	SPD		Herr Ehrlich (Zentraler Elternbeirat)
Anke Kozlowski			Frau Gerdes (Eine Schule für Alle)
Helmut Kersting	LINKE		
Anke Meyer			
Peter Kadach	CDU		
Marco Manfredini	Partei		

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Frau Harttung begrüßt die erschienenen Anwohner/Innen, Gäste und Beiratsmitglieder und stellt die Tagesordnung vor.

Tagesordnung

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Inklusion

TOP 1: Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

- Bürgeranfrage zum Sachstand eines Bürgerantrags auf Stellungnahme der Fraktionen bezüglich ihrer Haltung zum geplanten Werder Leistungszentrum vom 22. Januar 2019.
Der Bürger wird darauf hingewiesen, dass es am 26. März 2019 eine Ausschusssitzung des Projektausschusses Pauliner Marsch und des Fachausschusses für Bauen, Wohnen & öffentlichen Raum geben werde, in dem u. a. auch der Bürgerantrag behandelt werden wird.
- Bürgeranfrage zur Beteiligung des Beirats an der Senatsarbeitsgruppe zum Thema Werder Leistungszentrum.
Der Beirat teilt mit, dass der Beirat eine Teilnahme in diesem Gremium nicht für politisch sinnvoll erachtet.

- Bürgerantrag der Initiative *Leben im Viertel*, der eine öffentliche Behandlung von Bauantragsverfahren einfordert. Es wird auf eine Auskunft der Bremischen Datenschutzbeauftragten verwiesen, die diese Forderung unterstütze (siehe Anhang).

Der Beirat erläutert, dass nach derzeitigem Stand eine öffentliche Erörterung von Bauantragsverfahren nicht möglich sei. Herr Öztürk verweist darauf, dass die rechtliche Klärung dieser Frage für alle Beiräte grundsätzliche geklärt werden müsse und dass dies nicht auf Ortsamtsebene geschehen könne, sondern eine Frage für die Bürgerschaft sei. Der Beirat teilt mit, dass dieser Bürgerantrag im zuständigen Fachausschuss behandelt werde.

- Bürgeranfrage des *Aktionsbündnisses Menschenrecht auf Wohnen* zum Senatsbeschluss zur Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und sozialen Durchmischung des Neuen Hulsberg Viertels. Es wird nachgefragt, wie viele sozial gebundene Wohnungen es noch in der Östlichen Vorstadt gebe und dafür plädiert, den Anteil von Wohnungen mit Sozialbindung im Neuen Hulsberg Viertel von 30 auf 50 Prozent zu erhöhen.

Der Beirat erläutert, dass die erzielten 30 Prozent bereits ein großer Erfolg seien und dass ein wesentliches Problem darin bestehe, dass erst bei Projekten ab 20 Wohneinheiten sozialer Wohnraum geschaffen werden müsse und die Sozialbindung nach 20 Jahren auslaufe.

- Die *StadtteilGenossenschaft eG* fragt nach, wann mit der nächsten Beiratssitzung zu rechnen sei, die sich thematisch mit dem Neuen Hulsberg Viertel, insbesondere der Grundstücksvergabe und den aufgerufenen Grundstückspreisen, auseinandersetze. Der Beirat geht davon aus, dass sich die Mai-Sitzung damit beschäftigen werde.
- Ein Bürger hat eine Nachfrage zum Bauverfahren Kohlhöckerstraße. Er wird darauf hingewiesen, dass dieses vom Beirat Mitte behandelt werde.
- Eine Bürgeranfrage erkundigt sich nach dem Sachstand und dem Zeitplan für den Umbau des Eingangsbereichs der Helenenstraße.

Das Ortsamt erläutert, dass man hier regelmäßig nachfrage, aber noch keinen konkreten Zeitplan erhalten habe. Man habe jedoch die Zusicherung, dass die Maßnahmen noch in diesem Jahr abgeschlossen sein werden.

TOP 2: Inklusion

Frau Harttung und der Landesbehindertenbeauftragte Herr Steinbrück begrüßen die Gäste zum Haupttagesordnungspunkt des Abends, dem Stand der Inklusion in den weiterführenden Schulen, und führen in das Thema ein.

Vorstellung der Schulen

- Frau Sander vom Gymnasiums an der Hamburger Straße trägt vor, dass das Gymnasium an der Hamburger Straße nicht mit einer Sonderpädagogin oder einer sonstigen unterstützenden Kraft ausgestattet sei. Man habe in der Schule Schüler/innen mit körperlichen Beeinträchtigungen und chronisch Kranke, jedoch keine Rollstuhlfahrer/innen aufgrund der mangelnden Barrierefreiheit des alten Gebäudes. Es gebe ein Förderkonzept, aber Schüler/innen mit Verhaltensauffälligkeiten könnten nicht adäquat beschult werden. Dies sei aber kein Widerspruch zum Konzept der Inklusion.
- Frau Schüttpelz von der Oberschule Schaumburger Straße erläutert, dass die Oberschule an der Schaumburger Straße Schüler/innen mit Förderbedarf in Inklusionsklassen zusammenfasse. In diesen gebe es eine Doppelbesetzung der Lehrkräfte, in Kernfächern werde mit Sonderpädagogen unterrichtet. Grenzen der Inklusion sehe sie bei Schüler/innen mit sozial-emotionalen Problemen, die nicht mehr betreut oder beschult werden könnten.
- Herr Naujocks von der Gesamtschule Mitte (GSM) berichtet, dass an der GSM alle 700 Schüler inklusiv beschult würden. Man unterrichte jahrgangsübergreifend mit Durchmischung der Schüler/innen, in stark individualisiertem Unterricht mit großer Eigenverantwortung und fächerübergreifendem Projektunterricht. Die Schüler/innen mit pädagogischem Sonderbedarf würden verteilt und von multiprofessionellen Teams betreut. Inklusion würde sowohl von Lehrer/Innen als auch der Elternschaft als Selbstverständlichkeit betrachtet und man könne auf gute Erfolge bei lernbehinderten Schüler/innen verweisen.

Fazit

- Diagnostizierte Fälle von sozial-emotionalen Störungen nähmen zu. Für diese Kinder benötige man persönliche Assistenten.
- Multiprofessionelle Teams funktionierten gut, erforderten jedoch einen hohen Organisationsaufwand und hätten ihre Grenzen bei personeller Unterbesetzung.
- Inklusion funktioniere mit guter Ausstattung und einem guten Konzept. Dafür müsse Sonderpersonal außerhalb des Regelbedarfs zur Verfügung stehen.
- Sozialpädagogen an Gymnasien seien nicht vorgesehen. Mittelfristig müsse eine bessere Ausstattung von Sonderpädagogen an den Schulen gewährleistet werden,

insbesondere im Hinblick auf die steigende Zahl von Schüler/innen mit sozial-emotionalen Förderbedarf.

- Eine Ausstattung der Schulen mit Wahrnehmung + Entwicklungs-Klassen (W+E) müsse von den Behörden gewährleistet werden.
- Die Schule an der Schaumburger Straße müsse Ganztagschule werden.
- Die Lehrausbildung müsse im Sinne der Inklusion verbessert werden.
- Problematisch sei die Situation für die Schüler/innen mit Förderbedarf nach der Schule; es fehlten Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem 1. Arbeitsmarkt

Sitzung geschlossen.

Anhänge (1):

1. Bürgerantrag der Bürgerinitiative „Leben im Viertel“ vom 12.03.2019

Vorsitz

Hellena Harttung

Sprecher Beirat ÖV

Steffen Eilers

Protokoll

Manuela Jagemann & Armin Willkomm

Eingang
Beiratssitzung ÖV
v. 12.03.2019

Die äußerst restriktive Handhabung von Bauakten durch Ortsamt/Beirat und Baubehörde widerspricht laut Auskunft der Datenschutzbeauftragten offensichtlich dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Informationsfreiheit. Die Öffentlichkeit wird von Beirat/Ortsamt bei der Beratung und Beschlussfassung von Bauanträgen ausgeschlossen, selbst dann, wenn diese von öffentlichem Interesse sind, wie im Fall von Gaststätten und ähnlichen Einrichtungen.

Aufgrund dieser Sachlage stellt die BI „Leben im Viertel“ (LiV) folgenden Bürgerantrag:

Auf der nächsten Sitzung des Bauausschusses am 21.3.19

- beschließt der Bauausschuss als künftige Arbeitsgrundlage in Bezug auf die Behandlung von Bauakten die von der Landesdatenschutzbeauftragten genannten Grundsätze anzuwenden und damit eine ausgewogene Balance zwischen Vertrauensschutz des Bauherrn und den Informationsrechten der Öffentlichkeit, insbesondere der von einem Bauvorhaben betroffenen AnwohnerInnen zu gewährleisten.
- Daher sind ab sofort alle entsprechenden Sitzungen öffentlich durchzuführen. Außerdem sind sie zu protokollieren und die Protokolle öffentlich zugänglich zu machen. Dabei sind ausschließlich personenbezogene Daten vertraulich zu behandeln. Ferner ist die Tagesordnung der Sitzungen vorab zu veröffentlichen.

Bremen, 12.3.2019

Stef- Schlichter (Stefan Schafheitlin)
Kornelius (Kornbert)
Schenk